

XXIV. GP.-NR

14420 /J

12. April 2013**ANFRAGE**

der Abgeordneten Stefan Petzner

Kollegin und Kollegen

an die Bundesministerin für Finanzen

betreffend Gespräche mit der EU-Kommission zur Hypo Alpe Adria sowie aktuelle Lage der notverstaatlichten Banken

Finanzministerin Maria Fekter stattete am 5. April 2013 dem zuständigen EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia einen Besuch ab, um mit diesem Gespräche über die weitere Vorgehensweise bei der notverstaatlichten Hypo Alpe Adria Bank zu führen. Ziel Österreichs ist ganz offensichtlich, von der EU-Kommission mehr Zeit für Sanierung und Verkauf der Bank eingeräumt zu bekommen.

Nicht nur, dass sich Österreich viel zu spät um diese Fristverlängerung bemüht, hat sich Finanzministerin Fekter durch ihr ungeschicktes und undiplomatisches Verhalten offensichtlich eine eiskalte Abfuhr geholt, wie der im Nachrichtenmagazin NEWS veröffentlichte Ministerratsvortrag der Finanzministerin zum diesem Thema zeigt (Artikel liegt der Anfrage bei).

Vergleicht man nämlich etwa das intensive diplomatische Engagement der Deutschen in Brüssel im Zusammenhang mit der Restrukturierung der BayernLB mit dem österreichischen Engagement in Sachen Hypo Alpe Adria, stellt man schnell fest, dass das Finanzministerium viel zu spät, zu wenig intensiv und mit zu wenig Geschick die Interessen Österreichs in diesem Bereich vertritt. Mit der fatalen Folge, dass Brüssel nun vollendete Tatsachen zu schaffen droht und Österreich zu einem sofortigen Abverkauf der Bank zwingt.

Zugleich zeigen die Versuche um Fristverlängerung aber auch, dass es dem von der rot-schwarzen Bundesregierung eingesetzten Management der Staatsbank in keiner Weise gelingt, die selbst gesetzten Sanierungsziele und Verkaufsziele zu erreichen und vorgelegten Restrukturierungspläne zu erfüllen, mit der Folge, dass die Hypo Alpe Adria dem Steuerzahler weitere Milliarden Euro Steuergeld kosten könnte.

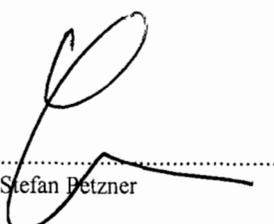
In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Finanzen folgende

ANFRAGE:

1. Welche konkreten Schritte und Gespräche auf formeller und informeller Ebene seit dem Jahr 2009 - außer einem kurzen Gespräch mit EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia im Zuge des heurigen Forum Alpbach und einem Gesprächstermin mit Almunia am 5. April 2013 - haben Sie persönlich auf Ebene der EU und EU-Kommission noch und wann gesetzt bzw. geführt, um das österreichische Ziel zu erreichen, von Seiten der EU-Kommission mehr Zeit für Restrukturierung und Verkauf von Hypo Alpe Adria und Kommunalkredit eingeräumt zu bekommen?
2. Welche sonstigen und weiteren Initiativen sind Ihnen seitens der österr. Bundesregierung auf EU-Ebene und Kommissionsebene im Zusammenhang mit Restrukturierung von Hypo Alpe Adria und Kommunalkredit bekannt?

3. Welche Initiativen sind Ihnen seitens der staatlich eingesetzten Bankorgane von Hypo Alpe Adria und Kommunalkredit auf EU-Ebene und Ebene der Bundesregierung im Zusammenhang mit Restrukturierung von Hypo Alpe Adria und Kommunalkredit bekannt?
4. Wie lauten die konkreten Ergebnisse des Gespräches mit EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia vom 5. April 2013 in Sachen Hypo Alpe Adria und Kommunalkredit?
5. Laut Artikel des Nachrichtenmagazin NEWS vom 11. April 2013 haben Sie im Ministerrat vom 9. April 2013 zum Thema Hypo und Gespräch mit Almunia wörtlich berichtet, Almunia habe Ihnen bereits vor dem Treffen mitgeteilt, dass „die Kommission den von der Hypo Alpe Adria erstellten Restrukturierungsplan für nicht glaubwürdig ansehe“.
 - a) Ist diese Zitierung korrekt?
 - b) Falls ja, warum erachtet die EU-Kommission den erstellten Restrukturierungsplan für nicht glaubwürdig und wie sieht dieser Restrukturierungsplan konkret aus sowie wer hat diesen erstellt und genehmigt?
 - c) Seit wann ist dem Finanzministerium bekannt, dass der vorgelegte Restrukturierungsplan nicht halten wird und welche Schritte wurden gesetzt, um dem entgegen zu steuern?
 - d) Wie, bis wann und mit welchen Kosten für den österreichischen Steuerzahler wird die Restrukturierung der Hypo Alpe Adria erfolgreich abgeschlossen sein?
 - e) Dienen Ihre Verhandlungen für eine Fristverlängerung nicht eigentlich auch dem Zweck, diese zusätzlichen Lasten für den Steuerzahler, die ein ÖVP-Finanzminister durch die leichtfertige Verstaatlichung der Hypo Alpe Adria verschuldet hat, erst nach dem Wahltag sichtbar werden zu lassen?
6. Laut genanntem NEWS-Artikel haben Sie berichtet, die EU möchte „die Bank bis Jahresende verkauft sehen oder schließen“.
 - a) Ist es korrekt, dass „die EU die Bank bis Jahresende verkauft sehen oder schließen“ möchte, und mit welchen Kosten ist in diesem Fall für den österreichischen Steuerzahler zu rechnen?
 - b) Welche konkreten Schritte setzen die staatlich eingesetzten Organe der Hypo-Bank und setzt die österreichische Bundesregierung, um bis Jahresende bzw. möglichst rasch einen Verkauf sicherzustellen?
 - c) Bis wann halten Sie einen Verkauf der Hypo Alpe Adria Bank für realistisch und wie schätzen Sie die Auswirkungen auf das österreichische Budget in einem Best-Case und Worst-Case-Szenario ein?
7. Laut genanntem NEWS-Artikel haben Sie im Ministerrat berichtet, die EU-Kommission halte die Hypo Alpe Adria für „nicht systemrelevant“. Nun war aber genau diese Systemrelevanz das Hauptargument der Notverstaatlichung für die Hypo Alpe Adria gewesen.
 - a) Ist es korrekt, dass die EU-Kommission die Hypo Alpe Adria für nicht systemrelevant hält und wenn ja, warum und seit wann?

- b) Wenn die Hypo Alpe Adria nicht systemrelevant ist und im Falle einer Pleite die BayernLB als Mehrheitseigentümer gehaftet hätte, warum wurde die Hypo dann überhaupt notverstaatlicht?
8. Laut genanntem NEWS-Artikel haben Sie berichtet, EU-Kommissar Almunia habe bemängelt, „dass in der Vergangenheit die zugesagten Ziele seitens der Bank oftmals nicht erreicht wurden“.
- a) Wie lauten diese zugesagten Ziele, warum wurden diese nicht erreicht und welche Konsequenzen seitens der EU-Kommission hat Österreich wegen dieser nicht erreichten Ziele zu erwarten?
- b) Welche personellen Konsequenzen wird die Bundesregierung innerhalb der verstaatlichten Hypo Alpe Adria ziehen, wenn die zugesagten Ziele nicht erreicht wurden?
- c) Wie lauten die finanziellen und budgetären Folgen dieser nicht erreichten Ziele?
9. Wird ein neuer Restrukturierungsplan gegenüber der EU-Kommission vorgelegt werden und falls ja, bis wann, wie schaut dieser inhaltlich konkret aus, wie lauten dessen finanzielle und budgetäre Folgewirkungen und wodurch unterscheidet er sich, vor allem im Hinblick auf den Zeitrahmen zum Verkauf der Bank, zum bereits vorgelegten Restrukturierungsplan?
10. Welche konkreten Pläne bestehen derzeit für die Zukunft der Kommunalkredit? Welche finanziellen und budgetären Folgen sind bei dieser Notverstaatlichung aus derzeitiger Sicht zu erwarten?



Stefan Petzner

„Hypo nach Ansicht der Kommission weder in Mittel- & Osteuropa noch in Österreich systemrelevant.“

Finanzministerin Maria Fekter, am Dienstag im Ministerrat zur Lage der Hypo Alpe Adria Bank

WIRTSCHAFT

Brutale Abfuhr für Fekter in Brüssel

Stabilität der Staatsfinanzen in Gefahr. Die EU lehnt Sanierungsplan der Hypo ab und drängt auf Schließung.

Vergangenen Freitag war Finanzministerin Maria Fekter in Sachen notverstaatlichte Problem-Banken bei der EU-Kommission in Brüssel vorstellig. Die sonst wortgewaltige Ministerin war bei ihrer Rückkehr auffallend zurückhaltend. NEWS kennt den guten Grund dafür: Fekter bekam von EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Almunia eine brutale Abfuhr für den Restrukturierungsplan der Hypo Alpe Adria.

Im Ministerrat am Dienstag warnte Fekter sogar vor einer Gefahr für die Stabilität der österreichischen Staatsfinanzen durch einen „ungeordneten Ausstieg“ aus der Hypo. Fekter soll eine Berechnung vorliegen, die den möglichen Schaden für die Republik mit bis zu 15 Milliarden Euro beziffert.

Sanierungsplan abgelehnt.

Fekter berichtete im Ministerrat, dass Almunia ihr bereits vor dem Treffen mitgeteilt habe, dass „die Kommission den von der Hypo Alpe Adria erstellten Restrukturierungsplan für nicht glaubwürdig ansehe“.



Gescheitert. Finanzministerin Maria Fekter erlebte ein Debakel in Brüssel. Das kann noch teuer werden.

Privatisierung bis Jahresende.

Die EU will die Bank bis Jahresende verkauft sehen oder schließen. Fekter berichtete: „Ich habe darauf hingewiesen, dass trotz der Bemühungen der Bank eine vollständige Re-Privatisierung der Hypo Alpe Adria im aktuellen Marktumfeld bis Ende 2013 – so die zeitliche Vorstellung des Kommissars – nicht durchführbar ist.“

„Zeitraumen von 3,5 Jahren keinesfalls genehmigt.“

Schlechte Nachricht aus Brüssel

„Alles in allem habe ich bei Almunia betont, dass es auch nicht im Interesse der Kommission gelegen sein kann, die Finanzen Österreichs außerordentlich und unverträglich zu belasten. Negative Auswirkungen auf Gesamteuropa wären die Konsequenzen“, so Fekters dramatische Einschätzung.

Bank rascher schließen.

Österreich sei schon mehrfach wegen einer Rettungsbeihilfe für die Hypo bei der Kommission vorstellig geworden, habe Almunia kritisiert. Dies könne kein permanenter Prozess sein. „Insbesondere sei die Bank nach Ansicht der Kommission weder in Ost- und Mitteleuro-

pa. noch in Österreich systemrelevant.“ Nach Einschätzung der Kommission wäre es besser, „bei einem nicht nachhaltigen Geschäftsmodell die Bank rascher zu schließen, um nicht noch höhere Verluste entstehen zu lassen.“ Der EU-Kommissar habe bemängelt, dass in der Vergangenheit die zugesagten Ziele seitens der Bank oftmals nicht erreicht wurden.

Jetzt wird es eng: „Almunia brachte klar zum Ausdruck, dass ein Zeitraum von 3,5 Jahren keinesfalls genehmigungsfähig ist“, so Fekter. In einer Expertenrunde soll nun ein „glaubwürdiger“ Restrukturierungsplan erarbeitet werden.

■ M. Leeb, S. Melichar, K. Kuch